

Kriegsdienstverweigerer in Israel

Von Nora Seligmann

Israel ist bekannt als eine vorbildliche „westliche Demokratie“. Sie verpflichtet aber alle Bürger außer Theologiestudenten zum Militärdienst und bietet ihnen keine Möglichkeit eines Ersatzdienstes. Verweigerer werden festgesetzt, bis sie weich werden oder eventuell vor ein Militärgericht gestellt werden.

Da scheinen auch Beziehungen nicht zu helfen: Ein Neffe von Benjamin Netanjahu ist unter ihnen und hat keine Vorzugsbehandlung genossen.

Der 24. Juni war der zweite Tag des Verfahrens gegen fünf „Verweigerer aus Gewissensgründen“ vor dem Militärgericht in Jaffa. Die Angeklagten hatten alle schon mehr oder weniger lange Zeit im Bau abgesessen. Die Sitzung begann mit den Erklärungen der Angeklagten und denen von Zeugen, die die Motive der Angeklagten belegten.

Die Verteidigung stellte die Frage des Gewissens als Grundlage aller Menschenwürde in den Mittelpunkt. Der Zwang, gegen die eigene, innerste Überzeugung zu handeln, komme einer geistigen Vergewaltigung gleich. Die Verteidigung muß nun nachweisen, daß die Gewissensfreiheit im israelischen Rechtswesen verankert ist, nachdem das Parlament vor zehn Jahren ein Gesetz zum Schutz der menschlichen Würde und Freiheit verabschiedet hat.

Vorausgegangen war für jeden der Angeklagten eine Anhörung vor und Beurteilung durch den „Gewissensausschuß“ des Militärs. Zwei Mitglieder dieses Ausschusses, darunter sein Vorsitzender, waren als Zeugen erwartet worden, haben sich dann aber kurzfristig entschuldigen lassen. Ebenso ging es mit dem stellvertretenden Leiter der Arbeitsabteilung, der vergeblich versucht hatte, mit Joni Ben Artzi, Netanjahus Neffe, „leichtere Dienstbedingungen“ auszuhandeln. Vermutlich handelte es sich bei den angebotenen Dienstübungen um Arbeiten wie das Fahren von Planieraupen oder ähnlichem.

Der Pazifist

Als Zeugin für Ben Artzi, dessen pazifistische Einstellung der Staatsanwalt scheinbar unbedingt in Zweifel stellen will, kam seine Schwester aus den USA herüber, wo sie gerade an einer Dissertation schreibt, und

erzählte, wie aus ihrem jüngeren Bruder ein entschiedener Pazifist geworden war: Die großen Totenfelder des Ersten Weltkriegs bei Verdun in Frankreich, zu denen die Eltern ihre Kinder geführt hatten, machten auf ihn einen von den Eltern nicht erwarteten Eindruck. Er sagte damals, „*so unendlich viele Franzosen und Deutsche brachten sich gegenseitig um und heute haben sie eine gemeinsame Währung.*“

Er hatte allerdings zuvor schon die Teilnahme an den militärischen Übungen abgelehnt, zu denen die israelische Schuljugend (auch die jüdische Jugend in Nordamerika) aufgefordert wird. Auch protestierte er in der Oberschule gegen die Besuche von Offizieren, die die Schüler auf ihren Militärdienst einzustimmen kamen. Er ist also entschiedener Pazifist, schloß sie.

Die Anklage versuchte, sie in Widersprüche zu irgendwelchen früher gehörten Äußerungen aus dieser für die Presse sehr interessanten Familie zu verwickeln und sie zu dem Eingeständnis zu bringen, daß auch Angst bei ihrem Bruder eine Rolle spielen könnte. Diese wird offensichtlich als unehrenhaft angesehen und verdient keine Rücksichtnahme.

Der Opportunist

Der nächste Angeklagte, Joni Jechezkel, beruft sich auf keine besondere Überzeugung, um seine Verweigerung des Militärdienstes zu begründen. Das scheint in dieser Lage von Vorteil zu sein: Der „*Gewissensauschuß*“ hatte ihn freigesprochen – der erste Freispruch seit Schaffung dieses Ausschusses im Jahre 1995. Dieser Verweigerer setzte dem Militär keine bestimmte Einstellung entgegen, sondern suchte nur vom Dienst befreit zu werden, ganz egal welche Begründung ihm dafür geboten würde – Geisteskrankheit, pazifistische Überzeugung, mangelnde Eignung – was immer man wolle, „*jedenfalls machen sie aus mir keinen Soldaten*“.

Diese Einstellung weckt offensichtlich bei den Berichterstattern des israelischen Friedensblocks (Gusch Schalom) keine Sympathie. Der Militärankläger aber zeigte sich in diesem Fall verständnisvoll und versuchte sogar das Gericht zu überzeugen, daß Jechezkel eher ein Pazifist sei als Ben Artzi.

Der Humanist

Als dritter Angeklagter kam Haffai Matar zu Wort. Er begründete seine Weigerung, Militärdienst zu leisten, mit der unmenschlichen Be-

handlung der Palästinenser durch das israelische Militär. Er zitierte ausgiebig aus Berichten von Menschenrechtsorganisationen und aus den Erzählungen von Schicksalsgenossen im Militärgefängnis, die schon ihre Erfahrung mit dem Dienst in den besetzten Gebieten hatten.

„1999 nahm ich an Sommerstudien teil, die für israelische, palästinensische und jordanische Schüler zusammen veranstaltet wurden. Nicht lange danach begann ich mit einem Palästinenser zu korrespondieren, der sechs Jahre in ‚Verwaltungshaft‘ saß, ohne je angeklagt worden und vor einen Richter gekommen zu sein. Als er schließlich freigelassen wurde, besuchte ich ihn und fand die Wände seines Hauses durchlöchert von israelischen Geschossen, die Inneneinrichtung vollkommen zerstört.

Ich schloß mich den Aktivitäten von Gusch Schalom und Ta’ajusch an. Wir halfen beim Wiederaufbau von Häusern in den Territorien, die die Armee zerstört hatte. Wir brachten auch Hilfe in Städten, in der Ausgangssperre verhängt war oder die unter Blockade standen. Oder wir halfen auch palästinensischen Dorfbewohnern, die von Siedlern massiv angegriffen worden waren. Bei all diesen Gelegenheiten stellten sich uns (israelische) Soldaten in den Weg und wurden zeitweise handgreiflich gegen uns.

2001 traf ich einige der (palästinensischen) Mitschüler aus dem Sommerprogramm wieder und hörte schlimme Geschichten, wie sie von Soldaten zusammengeschlagen und verhaftet worden waren. Einer hatte zusehen müssen, wie Freunde von ihm in Ramallah niederschossen wurden.

Am 20.8.2002, drei Tage vor meinem Gestellungsdatum, eilte ich mit ein paar Kameraden auf einen Hilferuf hin zu dem palästinensischen Dorf Janun, dessen Bewohner von den Siedlern in der Nähe so terrorisiert worden waren, daß sie die Flucht ergriffen hatten. Dank der Präsenz von israelischen und anderen Friedensaktivisten wagten sie allmählich zurückzukommen.

Auf Grund all meiner Erfahrungen bin ich zu der Überzeugung gekommen: Ich will auf keinen Fall einer israelischen Armee angehören, die ihre Berechtigung als Verteidigungsmacht verwirkt hat.“ Soweit ein von Matar selber zusammengestellter Auszug aus seinem Vortrag von zwei Stunden.

Der Menschenrechtler

Der vierte Angeklagte, Matan Kaminer, begründete sein Verhalten eher philosophisch, aber nicht weniger engagiert. Er stellte klar, daß es für ihn eine Frage des Gewissens sei. Für andere könne es Gottes Wort sein oder auch die Idee der Vaterlandstreue. Für ihn seien die Grundwerte: Die Freiheit des Einzelnen und seine Grundrechte. Auf diese

hätten alle Menschen ohne Unterschied Anspruch. Dazu gehöre insbesondere das Recht auf Leben, auf Gleichberechtigung, auf Wohlfahrt, auf Erziehung, auf Versammlungsfreiheit, auf Demokratie.

Eben alle diese Rechte würden in unterschiedlichsten Formen von der Besatzungsarmee mißachtet, wenn es sich um Palästinenser handelt; in manchen Fällen allerdings auch gegenüber Israelis.

Das Recht auf Leben der Palästinenser wird durch die israelische Politik der Liquidationen (die indirekt die Anschläge auf Israelis hervorrufen) mißachtet und durch die ununterbrochene Aktivität des Militärs in Bevölkerungszentren, wobei unzählige Zivilisten getötet oder verletzt werden.

Das Recht auf Gleichheit zwischen Israelis und Palästinensern innerhalb des Staates Israel werde durch die Wohnungspolitik ausgehoben, mit der den Palästinensern ihr Grundbesitz, ihr Lebensunterhalt aus eigener Wirtschaft und ihre menschliche Würde genommen wird, während die Wohnungspolitik gegen die meisten Israelis durch eine ungleiche Verteilung der nationalen Ressourcen verstoße. (Erklärung d.Ü.: Der weitaus größte Teil des Grund und Bodens in Israel gehört dem Staat und die Regierung verpachtet ihn an ihre Bürger.)

Das Recht der Palästinenser auf Wohlfahrt und Erziehung werde durch die dauernden Absperrungen zwischen Orten und die Dauerausgehverbote verletzt. Die Folgen sind katastrophal hohe Arbeitslosigkeit und eine schwere Behinderung des Erziehungswesens.

Das grundlegendste Unrecht, wenn auch nicht direkt als das schmerzvollste erlebt, sei die Mißachtung des Rechtes in demokratischen Verhältnissen zu leben. Die Herrschaft eines Volkes über ein anderes, das dadurch nicht mehr über sein eigenes Gemeinwesen und dessen Zukunft bestimmen kann, sei eine flagrante Verletzung dieses Rechtes auf Demokratie. Nachdem dieser Zustand jetzt schon über 36 Jahre andauere, habe sich die ursprüngliche Bezeichnung der Besetzung als irreführend erwiesen.

Die Mißachtung des Rechtes auf demokratische Verhältnisse breite sich allmählich auch in Israel aus: Rechtsextremistische, rassistisch eingestellte Parteien seien koalitionsfähig geworden und würden als legitim hingenommen.

Die Entrechtung der Palästinenser sei die Wurzel aller Verbrechen, die der Besatzer wie die der Unterworfenen. Die letzteren würden durch die Verhältnisse zu diesen unmoralischen und unmenschlichen Formen des Kampfes getrieben. Keine Seite könne ihre Verbrechen

rechtfertigen; sie seien eine direkte Auswirkung des Besatzungsregimes und könnten nur ein Ende finden, wenn dieses aufgehoben sei.

Aus all diesem folge zwangsläufig, daß der Militärdienst, das hauptsächlichste Instrument der Besatzungspolitik, gegen sein Gewissen gehe. Sein Beschluß, sich nicht rekrutieren zu lassen, bedeute nicht, daß er gegen den israelischen, seinen eigenen Staat sei. Er fühle sich verpflichtet alles, was in seiner Macht stehe, für die israelische Nation zu tun. Er habe es in der Vergangenheit getan und beabsichtige es in Zukunft weiter zu tun. Die Besetzung sei ein schlimmes Verbrechen; sie sei ein unmoralisches und böswartiges Vorgehen gegen diese andere Nation, das schließlich auch nach Israel übergreife und geistige Erstickung und Vergiftung mit sich bringe.

Unter diesen Umständen könne er natürlich nicht zum Militär gehen. Er könne nur verlangen, daß seine Gewissenslage anerkannt werde und man ihm Gelegenheit zur Ableistung eines zivilen Ersatzdienstes gebe, der für die israelische Gesellschaft von Nutzen sei (nach Matans eigener Zusammenfassung seiner Aussage).

Der Geprägte

Dann kam noch Schimri Tsameret an die Reihe, dessen Vortrag wieder eine etwas andere Perspektive des Widerstandes gegen den Dienst beim Militär in den besetzten Gebieten bot:

„Seit Jahren weiß ich, daß ich keinen Militärdienst leisten werde. Das steht für mich so fest wie mein Wissen, daß ich nie einen Obdachlosen auf dem Bürgersteig treten werde, nie eine Frau vergewaltigen und nie ein Kind, wenn ich es einmal haben werde, verlassen werde.

Jeder von uns hier macht sich so seine eigenen Gedanken und mein Gedankengang weicht ein wenig von denen der anderen ab. Ich finde, daß es nicht nötig ist auszuführen, was die Besetzung den Palästinensern antut. Allein schon was sie uns antut, ist Grund genug zum Widerstand.

Zuerst will ich etwas zu den Selbstmordattentaten sagen. Sie stehen im Mittelpunkt des Lebens in unserem Land hier und viele von uns sind persönlich in der einen oder anderen Weise davon betroffen worden. Gerade vor einem Jahr, als ich beschloß, meinen Klassenkameraden zu eröffnen, daß ich den Militärdienst verweigern würde, passierte ein Selbstmordanschlag, bei dem die Mutter eines Mädchens in unserer Schule getötet wurde; wenig später ergab sich, daß auch ihre Schwester umgekommen war.

Da ging mir richtig auf, was es bedeutet, daß etwas im Leben dieses Mädchens, das ich selber kenne, auf immer zerstört ist und wie furchtbar es ist, wenn so etwas über einen hereinbricht.

Einige meiner Klassenkameraden waren gegen mich: Wie kannst du den Militärdienst verweigern, wenn solche Dinge möglich sind? Meine Antwort war: Eben deswegen will ich nicht zum Militär gehen und Dienst in den besetzten Gebieten tun, weil dabei doch alle Terroranschläge weitergehen – und zwar eben wegen des Besatzungsregimes. Ich habe mir vorgenommen, alles zu tun, damit es nicht noch mehr Opfer gibt. Das wichtigste, das ich als einzelner dazu beitragen kann, ist die Ablehnung des Militärdienstes.

Im Grunde weiß doch jeder, wo die Reise hingeht: Jede Auflehnung eines Volkes, dessen Land besetzt wurde, endete schließlich mit seiner Befreiung. Die Frage ist nur, wie lange es noch dauert und wie viel mehr Opfer es gibt. Vielleicht gibt es meinetwegen ein paar weniger.

Eine andere Frage ist die nach der Auswirkung der Besatzungspolitik auf unsere eigene Gesellschaft. Ich will hier etwas mitteilen, daß ich von Rami erfuhr, den ich als Mitgefangenen kennenlernte. Stunden habe ich bei ihm gegessen und zugehört. Es ist unfassbar, wieviel furchtbare Dinge er allein in den drei Monaten seines Dienstes in den besetzten Gebieten mitangesehen hat.

Da ist zum Beispiel die Geschichte von dem kleinen Jungen, der einen Stein gegen den Geländewagen eines Oberleutnants warf, aber ohne ihn zu treffen. Trotzdem jagte der Soldat das Kind und schlug es mit dem Gewehrkolben zusammen. – Dann ist da dies andere Kind, das ein Schabak-Agent (Staatssicherheit) am Boden fesselte und dann auf es urinierte. Als Rami versuchte zu protestieren, brüllte der Mann nur: Hau ab, ich führe ein Verhör durch.

Auch erzählte Rami mir, wie Soldaten ein Geschäft ausraubten und dann alles, was sie nicht mitnehmen konnten, so zerstörten, daß er unbrauchbar war. Rami sagte mir, daß er es einfach nicht mehr aushalten konnte, nachts stundenlang auf der Toilette saß und sich eine Pistole in den Mund hielt, den Finger auf dem Abzug.

Schließlich rannte er weg und endete in der Zelle. So geht es denen, die Gefühle haben. Die anderen, die Gefühllosen, die sich an Wildwestnormen gewöhnen, tragen hinterher diese Normen in die israelische Gesellschaft hinein. Wir verderben uns selbst. Ich will nicht zu denen gehören, die diese Verderbnis über uns bringen.“

*

Hier wurde seine Aussage unterbrochen durch das Gericht, das die Sitzung auf den 25. Juli vertagte.

Quelle: Gusch Schalom 24.6.2003